

# Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis .....	XV
Abkürzungsverzeichnis .....	XLI
Tabellenverzeichnis .....	XLVII
<b>Einleitung</b> .....	<b>1</b>
A. Einleitende Überlegungen .....	1
B. Der Begriff „Geschlossene Unterbringung“ versus „Unterbringung mit Freiheitsentziehung“ .....	7
C. Rechtliche Grundlagen der mit Freiheitsentziehung verbundenen Unterbringung von Minderjährigen .....	9
D. Gegenstand der folgenden Ausführungen .....	10
E. Gang der Untersuchung .....	11
<b>Abschnitt 1: Materielles Recht – Verfahrensrecht</b> .....	<b>17</b>
<b>1. Teil: Fallbeispiel, Entstehungsgeschichte und Verfassungsmäßigkeit der Vorschrift des § 1631b BGB</b> .....	<b>17</b>
A. Fallbeispiel Carla .....	17
B. Die richterliche Entscheidung im Fall C. ....	20
C. Folgerungen aus dem Fallbeispiel C. ....	20
D. Entstehungsgeschichte der Vorschrift des § 1631b BGB .....	22
E. Verfassungsmäßigkeit der Vorschrift des § 1631b BGB in den Fassungen des SorgeRG und des Gesetzes zur Erleichterung familiengerichtlicher Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls? .....	27
1. Rechtsprechung .....	27
2. Literatur .....	28
a) Rechtsansicht von <i>Schlink</i> und <i>Schattenfroh</i> .....	28
b) Rechtsansicht von <i>Czerner</i> .....	28
c) Rechtsansicht von <i>Helle</i> .....	29
d) Rechtsansicht von <i>Schmitt Glaeser</i> .....	29
e) Rechtsansicht von <i>Beaucamp</i> .....	29
f) Rechtsansicht von <i>Hinz, Strätz, Coester-Waltjen</i> und <i>Huber</i> .....	30
g) Stellungnahme .....	30
<b>2. Teil: Materiell-rechtliche Voraussetzungen der Vorschrift des § 1631b BGB und Rechtsfolgen</b> .....	<b>39</b>

A. Konkurrenzverhältnis der Unterbringungsformen bei der freiheitsentziehenden Unterbringung von psychisch kranken Kindern und Jugendlichen .....	38
1. Vorrang der privatrechtlichen Unterbringung nach § 1631b BGB .....	41
2. Vorrang der öffentlich-rechtlichen Unterbringung nach den Ländergesetzen .....	43
3. Gleichrang der beiden Unterbringungsformen .....	44
4. Lehre vom Vorrang der besseren Unterbringungsform .....	44
5. Stellungnahme .....	46
a) Der Minderjährige lehnt die stationäre freiheitsentziehende Unterbringung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ab; die aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern billigen hingegen die Einweisung oder den Verbleib in der Einrichtung .....	51
b) Sowohl der Minderjährige als auch seine aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern lehnen die mit Freiheitsentziehung verbundene Unterbringung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie ab .....	54
c) Der Minderjährige ist mit der stationären mit Freiheitsentziehung verbundenen Unterbringung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie einverstanden, nicht aber die aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern .....	56
d) Der Minderjährige und seine aufenthaltsbestimmungsberechtigten Eltern sind mit der Unterbringung mit Freiheitsentziehung in der Jugendhilfe oder in der Kinder- und Jugendpsychiatrie einverstanden .....	60
B. Genehmigung des Familiengerichts .....	60
1. Vorrangige Genehmigung als Regelfall .....	61
2. Antragserfordernis? .....	63
a) Antragsverfahren .....	63
b) Amtsverfahren .....	64
c) Stellungnahme .....	65
aa) Materielles Recht .....	65
bb) Verfahrensrecht .....	65
cc) Kostenrecht .....	66
dd) Ergebnis .....	67
3. Verhältnis der Vorschrift des § 1631b BGB zu § 1628 BGB .....	68
a) Rechtsansicht von <i>Hinz</i> und <i>Kayser</i> .....	69
b) Herrschende Meinung .....	69
c) Stellungnahme .....	69

C. Freiheitsentziehende Unterbringung eines Minderjährigen .....	73
1. Der zivilrechtliche Begriff der „Unterbringung“ .....	74
2. Arten der Unterbringung mit Freiheitsentziehung .....	75
a) Unterbringung mit Freiheitsentziehung.....	75
b) Sog. halb offene oder sog. halb geschlossene Unterbringung..	76
c) Offene Unterbringung?.....	77
d) Sog. fakultativ oder individuell-„geschlossene“ Unter- bringung.....	79
e) Ergebnis.....	84
3. Der Begriff der Freiheitsentziehung .....	88
a) Einfachgesetzliche Regelungen der Freiheitsentziehung .....	88
b) Freiheitsentziehung des Art. 104 GG i.V.m. Art. 2 Abs. 2 Satz 2 GG .....	89
c) Schlussfolgerung und rechtliche Bewertung .....	90
d) Auslegung des Begriffspaares „Freiheitsbeschränkung“ – „Freiheitsentziehung“ .....	91
e) Äußerung der Bundesregierung .....	94
aa) Stellungnahme zu (1): Abgrenzung der Freiheitsent- ziehung von der Freiheitsbeschränkung.....	94
bb) Stellungnahme zu (2): Freiheitsentziehung bei körperlich und geistig behinderten Minderjährigen? .....	96
cc) Stellungnahme zu (3): Intensität der Freiheitsent- ziehung.....	97
dd) Stellungnahme zu (4): Freiwilligkeitserklärung des einsichtsfähigen Minderjährigen .....	98
f) Ergebnis.....	103
D. Beachtung des Kindeswohls, insbesondere zur Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung.....	104
1. Definition des Begriffs „Kindeswohl“ .....	105
a) Definition des Kindeswohlbegriffs in der Rechtsprechung und in der Literatur.....	106
b) Ergebnis.....	107
2. Abwendung einer erheblichen Selbst- oder Fremdgefährdung..	109
3. Vorrang anderer öffentlicher Hilfen .....	111
4. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.....	115
5. Die fürsorgliche Aufnahme und Zurückhaltung nach § 4 UBG Baden-Württemberg .....	125
6. Das Vorgespräch .....	125
a) Beispiel P. ....	128
b) Beispiel A. ....	129

<b>3. Teil: Erstreckung der gerichtlichen Genehmigung auf unterbringungsähnliche Maßnahmen</b> .....	131
A. Unterbringungsähnliche Maßnahmen im Sinne des § 1906 Abs. 4 BGB fallen nicht unter den Begriff der Unterbringung nach § 1631b BGB .....	133
B. Unterbringungsähnliche Maßnahmen im Sinne des § 1906 Abs. 4 BGB fallen unter den Begriff der Unterbringung nach § 1631b BGB .....	134
C. Stellungnahme .....	135
1. Die Verweisungstechnik des § 167 Abs. 1 Satz 1 FamFG.....	135
2. Der Wortlaut der Vorschrift des § 1906 Abs. 4 BGB .....	135
3. Zusätzlicher gerichtlicher Schutz des mit Freiheitsentziehung untergebrachten Minderjährigen bei unterbringungsähnlichen Maßnahmen versus richterlicher Rechtsfindung .....	136
4. Die Stellungnahme des Gesetzgebers zur gesetzlichen Regelung unterbringungsähnlicher Maßnahmen .....	140
<b>4. Teil: Völkerrechtliche Verträge</b> .....	145
A. Innerstaatliche Geltung und Anwendbarkeit der völkerrechtlichen Verträge in der Bundesrepublik Deutschland .....	145
B. Die einzelnen völkerrechtlichen Verträge .....	146
1. Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes .....	146
a) Der Schutzbereich der UN-Konvention über die Rechte des Kindes .....	147
b) Die Schutzbestimmungen der UN-Konvention über die Rechte des Kindes im Einzelnen .....	149
c) Umsetzung der Vorgaben der UN-Konvention zum Schutz des Kindes in das deutsche Recht .....	152
2. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen .....	153
a) Der Anwendungsbereich der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen .....	154
b) Die Schutzbestimmungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Einzelnen .....	155
3. Das Gesetz über die Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten .....	157
<b>5. Teil: Grundrechtsschutz durch Verfahren</b> .....	159
A. Hauptsacheverfahren .....	159
1. Funktionelle Zuständigkeit des Richters .....	159
2. Örtliche Zuständigkeit .....	160
3. Erschöpfende Sachverhaltsaufklärung .....	162

4.	Persönliche Anhörung und Inaugenscheinnahme .....	166
	a) Verstoß der persönlichen Anhörung gegen Art. 6 Abs. 2 Satz 2 GG?.....	166
	b) Persönliche Anhörung und Inaugenscheinnahme.....	168
	c) Ort der persönlichen Anhörung.....	171
	d) Zeitpunkt der Anhörung.....	172
	e) Unterrichtung über den möglichen Verlauf des Verfahrens..	173
	f) Absehen von der Anhörung bei Gesundheitsgefährdung .....	175
	g) Rechtshilfeverbot .....	176
	h) Anhörung der Eltern(teile), des Vormunds/Pflegers als gesetzliche Vertreter für persönliche Angelegenheiten des Kindes und der Pflegeeltern sowie sonstiger Beteiligter .....	178
	i) Vorführung zur gerichtlichen Anhörung und zur Untersu- chung, zur Unterbringung zum Zwecke der Begutachtung und zur Unterstützung der Aufenthaltsbestimmungsberech- tigten bei der Zuführung zur gerichtlich genehmigten Unterbringung des Kindes oder des Jugendlichen.....	180
5.	Verfahrensbeistand.....	181
	a) Allgemeines .....	181
	b) Bestellung eines Verfahrensbeistandes .....	182
	c) Zeitpunkt der Bestellung des Verfahrensbeistandes .....	185
	d) Profession des Verfahrensbeistandes.....	188
	e) Aufgaben des Verfahrensbeistandes bei der freiheitsentzie- henden Unterbringung eines Kindes .....	189
6.	Das Jugendamt.....	190
7.	Verfahrensfähigkeit des Jugendlichen .....	195
8.	Einholung eines Sachverständigengutachtens.....	197
9.	Inhalt der Beschlussformel, Begründung der Entscheidung, Bekanntmachung und Wirksamwerden des Beschlusses.....	203
	a) Inhalt der Beschlussformel .....	203
	b) Begründung der Entscheidung.....	205
	c) Bekanntmachung des Beschlusses.....	206
	d) Wirksamwerden des Beschlusses .....	209
10.	Recht auf Beschwerde gegen die Entscheidung des Gerichts....	211
B.	Einstweiliges Anordnungsverfahren .....	214
	1. Allgemeines.....	214
	2. Die (gewöhnliche) einstweilige Anordnung nach § 331 FamFG .....	216
	3. Die einstweilige Anordnung bei gesteigerter Dringlichkeit .....	220
C.	Zusammenfassung der Verfahrensgarantien nach den Vorschriften des FamG.....	221

6. Teil: Dauer und Verlängerung der freiheitsentziehenden Unterbringung von Kindern.....	225
<b>Abschnitt 2: Empirie.....</b>	<b>227</b>
<b>1. Teil: Empirische Untersuchung der familiengerichtlichen Akten des Amtsgerichts Tempelhof-Kreuzberg .....</b>	<b>227</b>
A. Die empirische Untersuchung zur Unterbringung mit Freiheits- entziehung bei Kindern und Jugendlichen .....	227
B. Studien zur Unterbringung mit Freiheitsentziehung in der Jugend- hilfe, Jugendpsychiatrie und Justiz.....	228
1. Jugendhilfe.....	228
a) <i>Hüsken</i> .....	228
b) <i>v. Wolffersdorff/Sprau-Kublen/Kersten</i> .....	228
c) <i>Pankofer</i> .....	229
d) <i>Paetzold</i> .....	229
e) <i>Hoops/Permien</i> .....	230
2. Jugendpsychiatrie.....	230
a) <i>Rüth/Noterdaeme/Wentzel und Freisleder</i> .....	230
b) <i>Steger</i> .....	230
c) <i>Nützel/Schmid/Goldbeck und Fegert</i> .....	231
3. Justiz.....	231
C. Statistische Ausgangslage.....	232
<b>2. Teil: Aktenanalyse und deren Auswertung .....</b>	<b>238</b>
A. Auswahl und Methodik.....	238
B. Quantitative Aktenanalyse .....	244
C. Ergebnisse der quantitativen Erhebung .....	245
1. Ausgewählte soziodemografische Merkmale und Biografie .....	245
a) Geschlechtsverteilung .....	245
b) Alter der freiheitsentziehend untergebrachten Kinder und der Jugendlichen.....	246
c) Staatsbürgerschaft .....	247
d) Aufenthaltsort .....	248
e) Ausbildung der freiheitsentziehend untergebrachten Minder- jährigen .....	249
f) Sorgerechtsstaus der Gesuchsteller.....	250
2. Familiensituation des Kindes .....	250
a) Familienhintergrund der Kinder und der Jugendlichen vor der freiheitsentziehenden Maßnahme .....	250
b) Initiative für den Verfahrensbeginn – Akteure für die Unter- bringung.....	252

c) Gründe für ein Gesuch auf Genehmigung einer Unterbringung mit Freiheitsentziehung .....	252
3. Verfahrensrechtliche Aspekte .....	256
a) Die Bestellung eines Verfahrenspflegers bzw. -beistands bei der freiheitsentziehenden Unterbringung eines Kindes und Jugendlichen .....	257
b) Anhörung des Jugendamtes .....	262
c) Sachverständigengutachten .....	263
d) Anhörung des Kindes .....	263
e) Art der Unterbringung .....	265
f) Beendigungsgründe .....	266
g) Dauer des Verfahrens .....	268
D. Qualitative Aktenanalyse .....	270
1. Ergebnisse der qualitativen Erhebung .....	270
a) Kinder und Jugendliche .....	271
b) Die Aufenthaltsbestimmungsberechtigten und die anderen Verantwortungsträger (der Verfahrenspfleger/-beistand, der Mitarbeiter des Jugendamtes, der Sachverständige) .....	273
2. Beantwortung der Hypothese: Sind die juristischen Standards bei der Bearbeitung der Sachakten „Unterbringung mit Freiheitsentziehung bei Kindern und Jugendlichen“ durch die Richter am Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg eingehalten worden? .....	275
<b>Abschnitt 3: Zusammenfassung .....</b>	<b>277</b>
<b>1. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>277</b>
<b>2. Teil: Zehn Empfehlungen zur Ausgestaltung des Verfahrens nach § 1631b BGB an den Gesetzgeber .....</b>	<b>287</b>
Anhang 1: JH-Einrichtungen mit der Möglichkeit der Unterbringung nach § 1631b BGB .....	291
Anhang 2: Checkliste für das Genehmigungsverfahren nach § 1631b BGB .....	295